

---

# GRÜNFLÄCHE

---



Zeitschrift von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Hessen

Ausgabe 2/2017



Bundestagswahl

**HESSISCHE SPITZEN-  
KANDIDATEN IM INTERVIEW**

Glück für Natur und Umwelt in Hessen

**EIN JAHR UMWELTLOTTERIE**

Ein Plan ein Ziel

**HESSEN WIRD KLIMANEUTRAL**

GRUENE-HESSEN.DE

## Liebe Freundinnen und Freunde,



### was kann ich für ein gutes Wahlergebnis der GRÜNEN am 24. September tun?

Die Bundesdelegiertenkonferenz hat am 18. Juni ein Wahlprogramm beschlossen, in dem unsere Inhalte klar und

deutlich zum Ausdruck kommen.

In zehn Punkten werden diese Inhalte für die Diskussion vor Ort zusammengefasst. Katrin und Cem werden in „Town Hall“-Veranstaltungen mit den Menschen ins Gespräch kommen, Veranstaltungen sind geplant, Großflächen und Plakate sind bestellt, Flyer produziert, Standdienste organisiert.

Alles gut? Alles Mögliche getan?...

Die langfristigen Bindungen der Menschen an eine bestimmte Partei nehmen immer mehr ab, viele beschäftigen sich erst kurz vor der Wahl mit den Inhalten und entscheiden erst in der Wahlkabine, wen

sie wählen. Deshalb wird es immer wichtiger, gerade in den letzten Stunden vor dem Wahltag für GRÜNE Inhalte zu werben. Ich möchte Euch deshalb bitten und zu überlegen: Was kann **ICH** für ein gutes Wahlergebnis der GRÜNEN tun? Sprecht Menschen in Eurer Umgebung an, macht beim Haustürwahlkampf mit, twittert, postet, spendet – alles ist gut, wenn es zu Euch passt und uns allen hilft!

Als Landesverband wollen wir Euch dabei unterstützen, wo immer es gefragt ist.

Wir wollen drittstärkste Kraft werden und wir wollen Politik gestalten. Das kriegen wir nicht im Schlafwagen serviert, sondern dafür müssen wir früher als alle anderen aufstehen und für unsere Sache werben.

### Zukunft wird aus Mut gemacht!

Mit GRÜNEN Grüßen,  
Jochen

## INHALT

**1** Hessische Spitzenkandidaten  
Daniela Wagner und Omid Nouripour  
im Interview

**4** Hessen wird klimaneutral  
Priska Hinz zum Klimaschutzplan

**6** Ein Jahr GENAU  
Glück für Natur und Umwelt in Hessen

**8** Gemeinsam stark!  
KV im Portrait, Wetteraukreis

**9** GAK  
Grüne und Alternative in den Kommunalvertretungen Hessen e.V.

**9** Termine

**10-13** Aus der Landtagsfraktion  
Bildung, Verkehr, Wohnen, Breitbandausbau,  
Integration, Tierwohl und Kommunen

### Impressum

Herausgeberin: Bündnis 90/Die Grünen Hessen, Kaiser-Friedrich-Ring 77, 65185 Wiesbaden. - Vi.S.d.P.: Jochen Ruoff, Pol. Geschäftsführer.  
Redaktion: Marcel Hamer. - Layout/Gestaltung: Till Haupt, Timo Meyer. Anzeigen: Holger Siche, 0611 / 9892014, holger.siche@gruene-hessen.de. - Druck: Juli 2017, Dierichs Druck+Media GmbH & Co. KG, Kassel.

# INTERVIEW

Wir haben unser Spitzenduo um die Beantwortung einiger Fragen gebeten. Auf den folgenden Seiten könnte ihr unter anderem lesen, wie Daniela Wagner und Omid Nouripour den Wahlerfolg von „GroenLinks“ bewerten und wie sie im Bundestag die Interessen der hessischen Grünen vertreten wollen.

**Daniela/Omid: In wenigen Monaten findet in Deutschland die Bundestagswahl statt. Unsere Nachbarn aus den Niederlanden haben bereits gewählt und die grüne Partei „GroenLinks“ konnte einen beachtlichen Erfolg feiern. Was können wir von GroenLinks lernen?**

Die niederländischen Grünen haben einen sensationellen Wahlkampf mit der Anmutung hingelegt: Zukunft wird aus Mut gemacht! Mut ist eine Haltung, die im Kopf beginnt. Die Kampagne war toll, unsere Parteifreunde aus den Niederlanden haben erkannt, dass es eine große Zahl von unentschlossenen Wählerinnen und Wählern gibt. Deshalb hat „GroenLinks“ auf der Zielgeraden nochmal richtig reingehauen. Für unseren Wahlkampf bedeutet das, bis zur letzten Minuten Wahlkampf machen! Die letzte Minute des Wahlkampfs bricht um 17.59 Uhr am Sonntag an. Aber: es kommt nicht nur darauf an, bis zur letzten Minute im Wahlkampf präsent zu sein, sondern auch darauf, klar, eindeutig und nicht verzagt Wahlkampf zu führen. Unsere Themen sind aktueller denn je; wir müssen uns nicht verstecken und keine Angst haben. Unsere Wählerschaft möchte klare Ansagen, möchte uns kämpfen sehen, auch wenn sie weiß, dass natürlich nicht alles durchsetzbar sein wird – egal mit welchem Koalitionspartner.



*Daniela Wagner und Omid Nouripour*

**Daniela/Omid: Im Mai diesen Jahres haben Katrin Göring-Eckhardt und Cem Özdemir den „Zehn-Punkte-Plan für Grünes Regieren“ präsentiert. Welchen Punkt nehmt Ihr mit in Euren persönlichen Wahlkampf-Rucksack?**

**Daniela:** Gerade im Wahlkampf müssen wir sagen, was es nur mit uns gibt. Dafür ist der „Zehn-Punkte-Plan“ hervorragend geeignet, denn er zeigt an zehn für uns entscheidenden inhaltlichen Forderungen auf, was die Grundlage jedweder Koalitionsverhandlungen sein müssen. Anders gesagt: wer sich in diesen 10 Kernpunkten nicht auf uns zu bewegt, scheidet als Koalitionspartner definitiv aus. Dabei dürfen vor allem die beiden Themen Energie- und Verkehrswende nicht mehr weiter auf die lange Bank geschoben werden. Die Umstellung unserer gesamten Energieversorgung auf Erneuerbare geht zu langsam voran, der CO<sub>2</sub>-Zertifikate-Handel bringt keine Anreizwirkung mehr hervor, weil es viel zu wenig kostet, die Atmosphäre mit klimaschädlichen Emissionen zu belasten.

Die Verkehrswende muss mit Hochdruck vorangebracht werden. E-Mobility und Öffentliche Verkehrsmittel sind hier die Stichworte.

Aber anstatt – wie z.B. in Norwegen längst praktiziert

*Fortsetzung S. 2*

– massiv die Infrastruktur für E-Mobility auszubauen und Kaufanreize für Elektrofahrzeuge zu schaffen, passiert hier in Deutschland unter dieser Bundesregierung so gut wie nichts.

**Omid:** Als eingefleischter Außenpolitiker und vor dem Hintergrund meiner eigenen Geschichte liegen mir die Bekämpfung von Fluchtursachen und der Schutz von Geflüchteten besonders am Herzen. Ich will keine deutschen Waffenexporte in Krisenregionen sondern humanitäre Hilfe. Statt einer Obergrenze brauchen wir ein Einwanderungsgesetz.

**Daniela/Omid: Wie wollt ihr im Bundestag speziell die Interessen der Hessischen Grünen vertreten?**

Wir Grüne haben überall gemeinsame Ziele und Interessen, dafür haben wir ein bundesweit gültiges Wahlprogramm. Richtig ist aber auch, wir haben schon ein paar hessisch-regionale Anliegen. Da gibt es z.B. den ICE-Halt in Darmstadt, die Einhausung der A661 in Frankfurt und natürlich beschäftigen wir uns permanent mit dem Flughafen. Wesentliche Weichenstellungen beim Thema Flughafenentwicklung und Fluglärm können nur im Bundesverkehrsministerium vorgenommen werden, wie z.B. die Priorisierung der Lärmvermeidung unmittelbar nach der Verkehrssicherheit, jedoch vor der Wirtschaftlichkeit im Luftverkehrsrecht. Es kann nicht sein, dass der Lärmschutz immer an letzter Stelle steht, der Wirtschaftsmotor Flughafen also regelmäßig und dauerhaft auf dem Rücken der Anrainer-Städte und -Gemeinden brummt. Ein weiteres Thema steht für uns oben auf der Agenda für die nächste Legislaturperiode: ein Cannabiskontrollgesetz für Deutschland. Was zunächst langweilig klingt ist eine 180-Grad-Wende in der Deutschen Drogenpolitik: selbstbewusst, präventiv und entkriminalisierend. Wir entlasten Strafverfolgungsbehörden von zeitraubenden, sinnfreien und ineffektiven Massenverfahren.

**Omid: Über die Entwicklungen in der Türkei, bis hin zur Wahl des neuen US-Präsidenten. Auf der internationalen Bühne verändert sich gerade einiges. Um bei der Türkei zu bleiben; wie siehst Du die Entwicklungen dort? Welche Verantwortung hat Deutschland in diesem Zusammenhang?**

Die Entwicklung in der Türkei ist alarmierend und traurig. Erdogan sichert sich Schritt für Schritt die alleinige Macht im Staat, auf Kosten von Opposition, Journalist\*innen und der kurdischen Bevölkerung. Obwohl Deutschland ein enger Partner der Türkei ist, war die Bundesregierung angesichts dessen lange Zeit viel zu zahm. Sie hat zugesehen, wie Erdogan die Zügel immer weiter angezogen hat. Mit dem Flüchtlingsdeal haben sich Deutschland und die EU gegenüber der türkischen Regierung erpressbar gemacht. Wir Grüne wollen den Dialog mit der Türkei aufrechterhalten, dabei aber vor allem diejenigen unterstützen, die für Demokratie in ihrem Land kämpfen. Vor allem aber wollen wir uns nicht weiter von Erdogan erpressen lassen und gegenüber seiner Regierung eine selbstbewusste Politik machen, die Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit in den Mittelpunkt stellt.

**Daniela: Wie siehst Du die Entwicklung in der Mobilitätspolitik deutschlandweit? Wo würdest Du im Bundestag ansetzen?**

Ich würde bei der Mobilitätspolitik ansetzen bei der – auch wirtschaftlichen – Priorisierung einer ebenso umweltschonenden, lärmarmen wie kostengünstigen und bequemen öffentlichen Mobilität. Zurzeit passiert das Gegenteil: Nach wie vor wird dem Straßen(neu)bau und nicht der (schienegebundenen) öffentlichen Mobilität der Vorzug gegeben – und zwar von beiden Volksparteien, CDU und SPD. Nach wie vor bestreiten zahlreiche Abgeordnete ihr gesamtes politisches Dasein mit dem Kampf für irgendeine Straßenbaumaßnahme. Dabei ist längst völlig

klar: den wachsenden Bedarf an Mobilität werden wir nicht über immer neue Straßen organisieren können. Was wir brauchen, sind integrierte, gut vernetzte Fern- und Nahverkehrssysteme, die ebenso preiswert wie nutzerfreundlich und unkompliziert konzipiert sind, sowie eine aktive Förderung des Radverkehrs durch den Bund. Anders gesagt: es nützt nichts, wenn der ICE mit 300 km/h über eine Schnelltrasse rasen kann, aber anschließend langes Warten auf regionalen Umsteigebahnhöfen alle Vorteile von Hochgeschwindigkeitsstrecken zunichte macht. Und: wir brauchen endlich das einheitliche Tempolimit von 120 oder 130 km/h auf Autobahnen, das den bundesweiten Flickenteppich von Geschwindigkeitsregulierungen, den keiner versteht, beendet. Die wachsende Anzahl von schweren Unfällen auch und gerade unter Beteiligung von Riesenlimousinen (SUV) durch massiv überhöhte Geschwindigkeit, häufig unter Nötigung anderer Verkehrsteilnehmer, muss endlich wie in allen anderen europäischen Ländern als Problem erkannt und geahndet werden. Die Zeit der hilflosen good-will-Kampagnen ist vorbei.

Die um sich greifende Rücksichts- und Hemmungslosigkeit im Straßenverkehr erfordert klare Antworten. Es gibt sowohl was den Luftverkehr angeht, wie auch bei allen übrigen Verkehrsarten die Möglichkeit, über eine angemessene Bepreisung des Ressourcenverbrauchs und die Regulierung der Geldstrafen bei Nicht-Einhaltung der Verkehrsregeln Veränderungen herbeizuführen. In der Schweiz kosten Geschwindigkeitsübertretungen etwa das dreifache dessen, was sie in Deutschland kosten, in Italien ebenfalls. Ergebnis: Weniger Raserei auf Autobahnen, weniger schwere Unfälle. Solange in der mobilitätspolitischen Debatte Deutschlands Freiheit gleichgesetzt wird mit freier Fahrt und kostenlosen Parkplätzen, wird sich nichts ändern. Und unsere Städte werden am Verkehr ersticken.

**Daniela/Omid: Viele Wählerinnen und Wähler treffen Ihre Entscheidung erst kurz vor der Wahl. Was können unsere Mitglieder tun, um die Menschen davon zu überzeugen GRÜN zu wählen?**

Unsere Demokratie steht unter Druck, von Dschihadisten und Terroristen auf der einen Seite und von den Rechtspopulisten der CSU bis hin zur rechts-extremen AfD. Unsere Demokratie steht aber auch von einer weiteren Seite unter Druck: der GroKo. Es ist egal, wer in einer großen Koalition Kanzlerin oder Kanzler ist, die Kraft zur Veränderung hat eine große Koalition nicht. Dafür braucht es einen mutigen Partner, und der ist grün! Wir haben einen Klimawandel, der den Planeten bedroht auf dem wir alle leben. In diesen Zeiten kommt es auf die Grünen an. Wir buchstabieren die Themen durch: von Kohleausstieg bis Mobilität, von Erneuerbaren Energien bis zu Energieeinsparung. Und darüber hinaus! In unserem Wahlprogramm und in dem 10-Punkte-Plan stecken so viele gute Ideen und so viel Mut für die Zukunft! Große Koalitionen haben diesen Mut nicht und sollten deshalb nicht zum Regelfall werden, sondern die Ausnahme bleiben. Es geht uns darum, dass die Menschen am 24. September alle zur Wahl gehen und am besten uns GRÜNE wählen. Wir machen den Unterschied zwischen Demokratie, Frieden und Klima auf der einen Seite und Hass und Gewalt auf der anderen Seite. Darum GRÜN! Die Menschen treffen immer später ihre Wahlentscheidung, wir müssen mit der Kampagne darauf reagieren und Wahlkampf wirklich bis zur letzten Minute machen, bis 24. September 2017, 17.59 Uhr! Wir sind gut aufgestellt und motiviert bis in die Haarspitzen! Wir wissen was wir wollen und wofür es bei diesem Wahlkampf geht. Deshalb lassen wir auch nicht locker und geben alles!

# Ein Plan ein Ziel: HESSEN WIRD KLIMANEUTRAL



Seit März haben wir in Hessen einen Klimaschutzplan. Viel Arbeit und intensive Abstimmung haben sich gelohnt: Am Ende sind es 140 Maßnahmen, die für hessische, ambitionierte Klima-

schutzpolitik stehen. Sie weisen den Weg in eine grüne und damit klimaneutrale Zukunft Hessens und packen zugleich die Anpassung an die Folgen des Klimawandels an. Damit sind wir Vorreiter. Denn kein anderes Land hat bisher Klimaschutz und Klimaanpassung in einer schlüssigen Gesamtstrategie vereint. Das ist jedoch unerlässlich. Denn der Klimawandel ist längst auch in Hessen spürbar.

Wie stark sich der Klimawandel in Zukunft auf unser Leben auswirkt, richtet sich danach, wie viele Treibhausgase in den kommenden Jahren ausgestoßen werden. Machen wir so weiter wie bisher, wird die Jahresmitteltemperatur bis zum Ende des Jahrhunderts um zusätzlich circa vier Grad gegenüber dem

Zeitraum 1971-2000 ansteigen. Die Niederschläge werden im Winter weiter zu- und im Sommer abnehmen. Starkregenereignisse werden häufiger. Wenn wir dagegen die Erwärmung global auf möglichst 1,5 bis maximal zwei Grad begrenzen – auch mit Hilfe des hessischen Klimaschutzplans – kann ein großer Teil dieser Änderungen noch vermieden werden. Jetzt zu handeln ist deshalb unerlässlich, wenn wir Hessens Natur, unsere Gesundheit, aber auch Wirtschaftskraft und Wohlstand bewahren wollen. Der Klimaschutzplan betrachtet alle wichtigen Bereiche und wird dort aktiv, wo wir als Land Handlungskompetenzen haben. Er ergänzt somit auch die Maßnahmen auf Bundes- und europäischer Ebene.

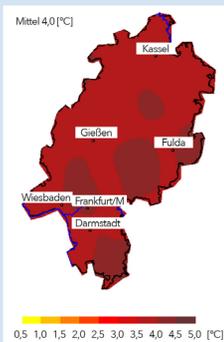
## Wir brauchen eine Strategie für den Kohleausstieg!

In unseren Forderungen sind wir hier ganz klar: Ohne eine schlüssige und ambitionierte Strategie für einen Kohleausstieg des Bundes kann Klimaschutz nicht gelingen. Im Verkehrsbereich sind mehr

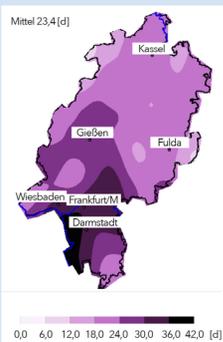
### Klimaprognosen für die Jahre 2071 - 2100

Die Projektionen beziehen sich auf 25 Klimasimulationen für das Szenario RCP 8.5, das dem aktuellen Emissionspfad und dessen weiterem ungebremsten Anstieg entspricht. Die entsprechen dem Mittelwert der 25 Klimasimulationen.

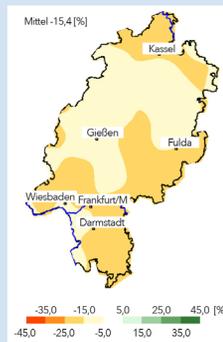
Zunahme der Jahresmitteltemperatur\*



Zunahme der heißen Tage\*



Abnahme des Niederschlags in den Sommermonaten\*



Zunahme des Niederschlags in den Wintermonaten\*



\* Änderungen 2071 - 2100 gegenüber 1971-2000, Mittelwert über 25 Klimasimulationen zu Szenario RCP8.5

Quelle: Hessisches Landesamt für Naturschutz, Umwelt und Geologie (HLNUG)

Elektromobilität, die Stärkung des öffentlichen Nahverkehrs, mehr Rad- und Fußverkehr und eine Vernetzung des Mobilitätsbereiches unsere Devise. Soweit es geht haben wir dafür auf Landesebene die Weichen gestellt und investieren in den Klimaschutz. Es muss hier aber auch Fortschritte des Bundes, beispielsweise beim Thema Elektromobilität, geben. Wir brauchen ambitionierte Klimapolitik auf allen Ebenen, um eine Klimakatastrophe zu verhindern!

## 140 Millionen zusätzlich stehen für den Klimaschutz bereit

140 Millionen zusätzlich stehen für den Klimaschutzplan in Hessen in den nächsten zwei Jahren bereit. Ich betone, das Wort zusätzlich an dieser Stelle. Denn natürlich investieren wir viel mehr Geld in den Klimaschutz, wenn man bedenkt, dass auch Maßnahmen, wie die Förderung des Ökolandbaus, die wir schon zu Beginn der Legislatur begonnen haben, einen wichtigen Beitrag leisten. Ohne uns Grüne in der Landesregierung hätte Hessen hier niemals eine Vorreiterrolle eingenommen.

Die 140 Millionen fließen in die 42 prioritären Maßnahmen des Klimaschutzplans. So wird beispielsweise ein Landesförderprogramm zur Begrünung von Dächern oder Fassaden für kühlere Gebäude sorgen. Landwirtschaftliche Betriebe werden zu Klimaschutz und Klimawandelanpassung beraten. Mittelständische Unternehmen bekommen Unterstützung, wenn sie in hocheffiziente Lösungen zur Reduzierung von CO<sub>2</sub> investieren. Der Rad- und Fußverkehr und der Öffentliche Nahverkehr werden gefördert. Und das sind nur einige, wenige Beispiele aus unserem umfangreichen Maßnahmenkatalog.

## Bis 2050 soll Hessen klimaneutral sein

Wir alle können uns an endlose Debatten und zahlreiche Kämpfe rund um den Atomausstieg erinnern

und wissen daher wie anstrengend es ist, den Weg der Vernunft zu begehen. Aber all diese Anstrengungen sind unabdingbar, um unsere Ziele zu erreichen: Bis 2020 sollen die Treibhausgasemissionen um 30 Prozent, bis 2025 um 40 Prozent und bis 2050 um mindestens 90 Prozent im Vergleich zum Basisjahr 1990 vermindert werden. Damit wird Hessen bis zur Jahrhundertmitte klimaneutral und trägt seinen Teil dazu bei, dass das gemeinsame Ziel von Paris erreicht wird.

Wichtig ist es, diesen Weg gemeinsam zu gehen. Und hierin haben wir Grüne Erfahrung! Klimaschutz kann nicht allein von der Regierung verordnet werden, sondern es sind die Bürgerinnen und Bürger, die Kommunen, die Verbände und natürlich auch die Wirtschaft, die Klimaschutz mit Leben füllen. Nur gemeinsam gelingt effektiver Klimaschutz! Deshalb waren schon beim Entstehungsprozess zum Klimaschutzplan alle eingebunden: In 27 Sitzungen und Veranstaltungen sowie zwei Online-Konsultationen wurden mehr als 3.100 Kommentare zu den Maßnahmenvorschlägen eingesammelt. Diese Rückmeldungen sind in den Plan eingeflossen.

## Klimaschutz lohnt sich!

Nun geht es darum, den Plan umzusetzen. Es lohnt sich! Wir erhalten damit unsere Natur als unsere Lebensgrundlage und auch wirtschaftlich kann Hessen profitieren. Die Maßnahmen können Investitionsimpulse in Höhe von 1,6 Milliarden Euro setzen, fast 40.000 Arbeitsplätze schaffen und das Bruttoinlandsprodukt in Hessen kann zusätzlich um 2,3 Prozent wachsen. Hessen muss sich verändern, damit es lebenswert, vielfältig und wirtschaftlich stark bleibt!

### Priska Hinz

Hessische Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

## Ein Jahr GENAU

# GLÜCK FÜR NATUR UND UMWELT IN HESSEN!

GENAU – Gemeinsam für Natur und Umwelt, so lautet das Motto der Umweltlotterie von LOTTO Hessen. Am 15. April 2016 ging es los: GENAU startete mit der ersten Ziehung. Seitdem wurde mit dem klaren Fokus auf die Umwelt schon viel erreicht: Fast 60 Hauptgewinner\*innen wurden ermittelt und ebenso viele Umweltprojekte jubelten in vielen Städten und Landkreisen Hessens über ihren Zusatzgewinn in Höhe von 5.000 Euro. Nicht nur die Umwelt gewinnt – mehr als 1.000 Mitspieler\*innen können sich jede Woche über einen Gewinn bei GENAU freuen. So gab es bei GENAU schon zahlreiche Projekte, die mit einem Zusatzgewinn ausgezeichnet wurden: Ein Verein in Offenbach konnte einen mit einer Kamera ausgestatteten Minihelikopter anschaffen, um Rehkitze zu orten und zu retten, die sonst Gefahr liefen, bei der Wiesenmahd vom Mähdrescher erfasst zu werden. Im Odenwaldkreis ging es an einer Erbacher Schule wiederum um die Pflege und Nutzung von Streuobstwiesen durch Kinder und Jugendliche, die so eine sinnvolle und gemeinsame Beschäftigung



*Im Mai 2017 mit dem Zusatzgewinn ausgezeichnet, das Wildbienenhotel der Bischof Neumann Schule in Königstein*

nach dem Unterricht erfahren. Darüber hinaus wurde im Rahmen der vielen hessenweiten GENAU-Projekte vieles für die zahlreichen Vögel und Tiere unserer Heimat getan und karge Flächen durch Blumen und Pflanzen belebt.

## Bienen fliegt Lottoglück zu

Somit kann sich der Frankfurter Lehrbienenstand e.V. jetzt den Traum vom eigenen Bienengarten in Sachsenhausen erfüllen. Davon profitieren die summenden Insekten, aber auch Naturliebhaber\*innen, die hier einen spannenden Einblick in das Leben der Honigbiene erhalten. Erst vor kurzem konnte der inmitten einer Kleingartenanlage gelegene Verein sein Areal um einen benachbarten Garten erweitern. „Diesen müssen wir nun entrümpeln und neu anlegen, damit hier schon bald ein Bienengarten entstehen kann. Der Zusatzgewinn aus der Umweltlotterie hätte also zu keiner besseren Zeit kommen können“, freut sich Imkerin Dr. Lotte Jüling-Pohlitz, die das Bienenprojekt vor gut einem Jahr bei der Umweltlotterie eingereicht hatte. Nun können Gartengeräte angeschafft und Pflanzen gekauft werden. Auch ein paar weitere Bienenvölker sollen in dem geplanten Bienengarten ein neues Zuhause finden. Das kommt nicht nur den schwarz-gelben Honigproduzent\*innen zugute, sondern auch angehenden Neuimker\*innen und Naturbegeisterten jeden Alters, die der Frankfurter Lehrbienenstand in den praktischen Tätigkeiten des Imkerns unterrichtet – und das seit inzwischen rund zwei Jahren.

## Natur zum Anfassen

Ein Rückzugsort für Tiere und Menschen – das bietet der Naturlehrpfad im Streuobstwiesengebiet „Wingert“ bei Dorheim. Angelegt wurde er im vergangenen Jahr vom Naturschutzbund (NABU) Friedberg



*Die Marburger Biologin Dr Moira Behn bei der Auswilderung eines ihrer Wildvögel. Dank GENAU konnten Nahrung und Netze für die Volieren angeschafft werden*

auf einem kleinen Abschnitt des rund 20 Hektar großen Wiesenareals. Traditionelle Obstsorten wie die Apfelsorte „Dorheimer Streifling“ oder teilweise vom Aussterben bedrohte Insekten- und Vogelarten sind hier ebenso zu Hause wie seltene Schaf- und Ziegenrassen, die das Gras unter den über 1.800 Hochstammbäumen ganz natürlich kurzhalten. Mit einem Naturlehrpfad möchte der NABU Friedberg diese unterschiedlichen Naturräume auf dem weitläufigen Streuobstwiesengebiet für kleine und große Naturfreunde hautnah erlebbar machen. Erste Schritte zur Anlage des Pfades hatten die ehrenamtlichen NABU-Helfer\*innen bereits im vergangenen Jahr unternommen: Mehrere Informationstafeln erzählen seitdem von der besonderen Artenvielfalt des von Menschen geschaffenen Biotops.

Da für weitere Maßnahmen schlichtweg die Mittel fehlten, wurde das Projekt „Gestaltung des Naturlehrpfades im Wingert“ zum Start der Umweltlotterie im April 2016 für den Zusatzgewinn angemeldet. Der NABU will den Erlös für die Erweiterung des Lehrpfades über das rund 20 Hektar große Grünland verwenden.

## Neues Leben für den Schwarzstorch

Ab ins kühle Nass und anschließend hoch hinaus in die schützenden Baumwipfel heißt es jetzt auch für

den Schwarzstorch im Kreis Fulda. Denn mit dem erzielten Zusatzgewinn der Umweltlotterie GENAU kann der Verein für Naturkunde in Osthessen e.V. ein neues Nahrungsgewässer sowie eine künstliche Storchennistplattform anlegen, damit der bedrohte Zugvogel in Zukunft vermehrt den Weg nach Osthessen findet, um hier seinen Nachwuchs großzuziehen. Während sein weißer Artgenosse immer häufiger auf Hessens Wiesen- und Auenlandschaften anzutreffen ist, bekommt man den Schwarzstorch nur sehr selten zu Gesicht. Mit den 5.000 Euro von GENAU kann der Verein der seltenen Vogelart mit dem dunklen Gefieder jetzt ein neues Habitat in der Region erschließen – und zwar sowohl auf dem Boden, als auch in luftiger Höhe. Zum einen durch die Anlage von künstlichen Nahrungsteichen, zum anderen durch den Bau von Nistplattformen in alten Bäumen. Mit GENAU wird die Natur Hessens geschützt. Und das ist gut für uns alle. Beigetragen haben ganz entscheidend die Kundinnen und Kunden. Mit jedem GENAU-Los kann man bekanntlich nicht nur gewinnen, sondern sorgt gleichzeitig für Hessens Natur. Dafür sagen die Umweltprojekte und ganz Hessen: Danke. Welche Projekte noch zur Auswahl stehen und welche weiteren sich schon über den Zusatzgewinn in Höhe von 5.000 Euro freuen durften, erfahrt ihr unter [www.genau-lotto.de](http://www.genau-lotto.de)

## Seit 19. Mai macht GENAU Millionäre

Damit GENAU noch attraktiver wird, wird seit 19. Mai bei der GENAU-Ziehung noch mehr als der garantierte Hauptgewinn ausgespielt. Die GENAU-Hauptgewinner\*innen können ihren Hauptgewinn jetzt sogar um bis zu 1 Million Euro erhöhen.

Wir wünschen allen Spielteilnehmer\*innen viel Glück! Für Umwelt und Natur in Hessen. GENAU!

# GRÜNE IM WETTERAU-KREIS: GEMEINSAM STARK!

Die Landschaft Wetterau ist nicht nur namensgebend für unseren Kreis, sondern auch Programm für 255 grüne Mitglieder. Vor den Toren Frankfurts erstreckt sich die ertragreichste Ackerlandschaft Hessens. Ihre Böden zählen zu den besten in Deutschland. Gleichzeitig erleben wir im West-Kreis einen enormen Siedlungsdruck, der immer mehr dieser wertvollen Böden für Umgehungsstraßen oder Baugebiete versiegelt. Aktuell sollen allein 40ha Ackerfläche für ein neues REWE-Logistikzentrum in Wölfersheim unter Beton verschwinden. Gegen die großkoalitionäre Gleichgültigkeit den natürlichen Ressourcen gegenüber, macht unser Kreisverband mobil. Zielführend ist die Entscheidung gewesen, die Wetterau zur Modellregion Ökolandbau zu erklären. Seitdem gibt es zehn weitere landwirtschaftliche Betriebe und zusätzlich 550ha für Ökolandbau. Als Grüne unterstützen wir die Entwicklung der ökologischen Landwirtschaft. Zwei sehr umstrittene Abschiebungen, die selbst den Landtag beschäftigten, sorgten zuletzt im Kreis für Aufregung. Unter den zahlreichen ehrenamtlichen Flüchtlingshelfer\*innen sorgt das Ausländeramt immer wieder für Unmut. Als Grüne haben wir diese Dinge im Kreistag zum Thema gemacht. Doch der politische Unwille bzw. Widerstand gegenüber einer engagierten Integrationspolitik ist erheblich.



Mitglieder des Kreistag (v.l.n.r.) Marcus Stadler, Michael Rückl, Thomas Zebunke, Sylvia Klein



Wahlkampfteam (v.l.n.r.): Jana Peters, Clemens Breest, Kathrin Anders, Myriam Gellner, Thomas Zebunke, Nehar Carolla

## Aktiv gegen Rechts

Im Wetterauer Kreistag sitzen nicht nur Vertreter der AfD, sondern auch der NPD. Deshalb engagieren wir Grünen uns auch bei zahlreichen Initiativen und Demos gegen rechtspopulistische Umtriebe. Egal ob in Büdingen oder Butzbach, wir proklamieren eine offene und bunte Gesellschaft, die für den braunen Spuk keinen Platz hat. In den 25 Städten und Gemeinden des Kreises kämpfen unsere grünen Mandatsträger\*innen oft zu wenigen für eine bürgerfreundliche und progressive Politik. In Niddatal beispielsweise scheiterte der grüne Antrag für eine nachhaltige Hausarztversorgung an der sozialdemokratischen Mehrheit. Doch bei der grünen Veranstaltung zu dem Thema kamen gut hundert interessierte Bürger\*innen, die den Ansatz unterstützen. Um das grüne Engagement vor Ort zu stärken, verfolgen wir die Vernetzung im Kreis. Unsere Direktkandidatin ist Kathrin Anders aus Bad Vilbel. Mit ihr koordinieren sechs weitere Grüne aus der Wetterau den Wahlkampf. Mit dem Kreisvorstand und dem Wahlkampfteam können wir gemeinsam grüne Veranstaltungen vor Ort unterstützen. Diese Unterstützung ermutigt gerade kleine Ortsverbänden, weiter für grüne Themen zu kämpfen.

# NEUES VON DER GAK E.V.

Am 10. Juni 2017 hat die Delegiertenversammlung der GAK e.V. ihren Vorstand gewählt.

Der Vorstand setzt sich zusammen aus: Ingrid Reichbauer (RTK) und Gianina Zimmermann (MTK), Jutta Reithofer (Wiesbaden), Oliver Stienen (DA) und Philip Krämer (DA), Doro Hoffmann (GG).

Ingrid Reichbauer, Gianina Zimmermann und Jutta Reithofer (Schatzmeisterin) wurden in der konstituierenden Sitzung am 21.06.2017 zum geschäftsführenden Vorstand gewählt. Weiterhin vertreten Eva Goldbach die Landtagsfraktion und Jochen Ruoff den Landesvorstand.

Roland Kern ist aus dem Vorstand ausgeschieden, in dem er sich dankenswerter Weise in den vergangenen Jahren engagiert hat.

Die GAK bietet auf Anfrage Seminare für ihre Mitglieder an. Weiterhin gibt es die Möglichkeit auch Seminare, die auf die Bedarfe vor Ort zugeschnitten sind, zu bestellen. Zu aktuellen Themen vermittelt die GAK auch Referenten.

Die GAK möchte einen Antragspool im Wurzelwerk aufbauen. Deshalb können die Kommunalpolitiker\*Innen ihre Initiativen (Anträge und Anfragen aus den Stadtverordnetenversammlungen oder den Kreistagen) direkt an die GAK mailen. (gak@gruene-hessen.de)

Anfragen, Ideen oder Rückfragen bitte per E-Mail an: gak@gruene-hessen.de oder telefonisch: 0611 9892015.

Andrea Wacker-Hempel, Geschäftsführerin

## Anzeige

### WIR TRAUERN 2016 UM\*

Afghanistan: 20. Jan **Hossein Amiri**, Medienassistent / 20. Jan **Maryam Ebrahimi**, Medienassistentin / 20. Jan **Mehri Azizi**, Medienassistentin / 20. Jan **Mohammad Ali Mohammadi**, Medienassistent / 20. Jan **Mohammad Djavad Hosseini**, Medienassistent / 20. Jan **Mohammad Hossein**, Journalist / 20. Jan **Zeynab Mirzai**, Medienassistentin / 06. Jun **Zabihullah Tamanna**, Journalist / 06. Jun **David Gilkey**, Journalist / 04. Nov **Nematullah Zahir**, Journalist / Bangladesch: 06. Apr **Samad Nazim Uddin**, Online-Aktivist und Bürgerjournalist / Brasilien: 10. Mär **João Valdecir de Borba**, Journalist / 24. Jul **João Miranda Do Carmo**, Journalist / 17. Aug **Maurício Campos Rosa**, Journalist / Demokratische Republik Kongo: 15. Nov **Marcel Lubala**, Journalist / El Salvador: 10. Mär **Nicolás Humberto García**, Journalist / Guatemala: 17. Mär **Mario Roberto Salazar Barahona**, Journalist / Guatemala: 25. Jun **Álvaro Aceituno López**, Journalist / Guinea: 05. Feb **El Hadj Mohamed Diallo**, Journalist / Indien: 13. Feb **Karun Misra**, Journalist / 13. Mai **Ranjan Rajdev**, Journalist / Irak: 12. Jan **Hassan Al-Anbaki**, Journalist / 12. Jan **Saif Talal**, Journalist / 13. Aug **Wedad Hussein Ali**, Journalist / 14. Aug **Saïd Moustapha**, Journalist / 20. Aug **Ghani Ali**, Medienassistent / 21. Okt **Ahmed Hajr Oglu**, Journalist / 22. Okt **Ali Risan**, Journalist / 06. Dez **Mohammed Thabet Shazaza**, Journalist / Jemen: 17. Jan **Almigidad Mojalli**, Journalist / 22. Jan **Hashem Al-Hamran**, Journalist / 16. Feb **Ahmed Al-Shaibani**, Journalist / 21. Mär **Mohammed Al-Yemeni**, Journalist / 21. Jul **Abdelkarim Al-Jarbani**, Journalist / Jordanien: 25. Sep **Nahed Hattar**, Journalist / Kenia: 07. Sep **Dennis Otiieno**, Journalist / Libyen: 23. Jun **Khaled Al-Zentani**, Journalist / 21. Jul **Abdelkader Fassouk**, Journalist / 02. Okt **Jeroen Oerlemans**, Journalist / Mexiko: 21. Jan **Marcos Hernández Bautista**, Journalist / 09. Feb **Anabel Flores Salazar**, Journalistin / 20. Feb **Moisés Dagdag Lutzow**, Journalist / 25. Apr **Francisco Pacheco Beltrán**, Journalist / 19. Jun **Elidio Ramos Zárate**, Journalist / 26. Jun **Salvador García Olmos**, Journalist / 20. Jul **Pedro Tamayo Rosas**, Journalist / 12. Sep **Augustín Pavia**, Journalist / 14. Sep **Aurelio Cabrera Campos**, Journalist / Pakistan: 08. Aug **Ahmed Shehzad**, Journalist / 08. Aug **Khan Mehmoed**, Journalist / Peru: 20. Nov **Hernán Choquepata Ordóñez**, Journalist / Somalia: 05. Jun **Sagal Salad Osman**, Journalistin / 27. Sep **Abdiaziz Mohamed Ali**, Journalist / Südsudan: 26. Sep **Isaac Vuni**, Journalist / Syrien: 08. Feb **Zakaria Ourfali**, Online-Aktivist und Bürgerjournalist / 19. Feb **Majid Al Dairani**, Journalist / 05. Jun **Osama Jumaa**, Journalist / 24. Jun **Khaled Issa**, Journalist / 26. Jun **Samer Muhammad Abboud**, Online-Aktivist und Bürgerjournalist / 26. Jun **Sami Joudat Rabah**, Online-Aktivist und Bürgerjournalist / 26. Jun **Mohamed Marwan Al-Issa**, Online-Aktivist und Bürgerjournalist / 26. Jun **Moustafa Hasseh**, Online-Aktivist und Bürgerjournalist / 11. Jul **Ibrahim Al-Omar**, Journalist / 14. Jul **Abdallah Mohammed Ghannam**, Journalist / 20. Jul **Mohammad Mustafa**, Journalist / 01. Aug **Mohammed Sayed Hassan**, Journalist / 02. Aug **Ahmad Al-Hallaq**, Online-Aktivist und Bürgerjournalist / 02. Sep **Ali Abu Ez-Zain**, Journalist / 02. Sep **Shamel Al Ahmed**, Online-Aktivist und Bürgerjournalist / 07. Sep **Ayman Raja Bajboj**, Journalist / 30. Sep **Layth Al-Halabi**, Online-Aktivist und Bürgerjournalist / 06. Nov **Ammar Bakbour**, Journalist / 12. Nov **Mohsen Khazai**, Journalist / Türkei: 12. Apr **Mohammed Zahir Al-Sherqat**, Journalist / Ukraine: 20. Jul **Pavel Sheremet**, Journalist

Ihre Spende für die Pressefreiheit: [www.reporter-ohne-grenzen.de](http://www.reporter-ohne-grenzen.de)

\* Im Jahr 2016 wurden diese Medienschaffenden wegen ihrer Arbeit getötet.

**REPORTER  
OHNE GRENZEN**  
FÜR INFORMATIONSFREIHEIT



# GEMEINSAM FÜR GUTE BILDUNG

## Bildungs- und Chancengerechtigkeit voran bringen

In der Schule werden die Weichen für eine gerechte Gesellschaft gestellt. Alle Schülerinnen und Schüler sollen ihre Talente entfalten können – unabhängig vom sozialen Hintergrund ihrer Eltern. Deshalb legen wir seit Beginn unserer Regierungs- beteiligung einen Schwerpunkt auf mehr Bildungs- und Chan- cengerechtigkeit.

### Bildungs- und Betreuungsgarantie

Der Ausbau des Ganztags- schulprogramms hat seit 2014 deutlich an Tempo gewonnen. Noch nie gab es dafür Schuljahr für Schuljahr so viele zusätzli- che Stellen. Das bringt mehr Zeit zur individuellen Förderung und hilft Eltern, Familie und Beruf zu vereinbaren. Seit dem Schuljahr 2016/17 konnten alle Anträge auf Einrichtung einer rhythmisierten Ganztags- schule nach Profil 3 genehmigt werden, deren Eignung das Ministerium bestätigt hat. Mit dem Pakt für den Nachmittag – der Umsetzung der Bildungs- und Betreuungsgarantie aus dem GRÜNEN Wahlprogramm – ermöglichen wir schrittweise an allen Grundschulen ein Angebot von 7.30 bis 17.00 Uhr. Zum Schuljahr 2017/18 sind schon zwei Drittel aller Schulträger und 168 Schulen dabei.

Durch das neue Schulgesetz werden die Integrierten Gesamtschulen zu Schulen mit allen Möglichkeiten. Sie bereiten wie bislang auf alle Bildungsabschlüsse vor. Künftig können sie den Unterricht komplett bin- nendifferenziert organisieren, also ohne Aufteilung der Schülerinnen und Schüler in Kurse. Dafür wird die Klassenhöchstgrenze auf 25 gesenkt. Neue ei- genständige Hauptschulen wird es nicht mehr geben, die bestehenden laufen aus.



Wenn Kinder mit und ohne Behinderung gemeinsam lernen, nutzt das ihnen allen. In den Schuljahren seit 2014/15 haben wir fast 450 Stellen zusätzlich für

den gemeinsamen Unterricht bereitgestellt, denn wir wollen, dass kein Wunsch auf inklusive Beschulung an einer allge- mein- bildenden Schule abgelehnt werden muss. Wir respektieren es aber auch, wenn Mütter und Väter die Förderschule für ge-

eigneter halten. Deshalb haben wir das Konzept der inklusiven Schulbündnisse geschaffen: Je nachdem, ob sich Eltern für ihre Kinder für eine Förderschule oder inklusiven Unterricht entscheiden, sollen die Ressourcen an den jeweiligen Förderort fließen.

### Gute Lehrerversorgung

Erfolgreiche Schulen brauchen genug Lehrerinnen und Lehrer. Deshalb führen wir die bundesweit ein- malige 105-prozentige Lehrerversorgung im Lan- desdurchschnitt weiter. Wir haben 2.500 zusätzliche Stellen geschaffen und damit neben Ganztags- schulen und Inklusion auch die Deutschförderung sowie die Lehrerverweisung nach Sozialindex deutlich ausgebaut. Schulen, die mit besonderen sozialen Pro- blemen in ihrem Umfeld konfrontiert sind, erhalten durch diesen Index eine höhere Lehrerverweisung, um ihre Schülerinnen und Schüler besser fördern zu können. Bis zum Ende dieser Legislaturperiode werden dafür insgesamt 800 zusätzliche Stellen zur Verfügung stehen.

Weitere Informationen zum Thema unter:  
<http://gruenlink.de/1ck8>

# Verkehrswende in Hessen

## WIR STELLEN DIE WEICHEN

Wir GRÜNE stehen für eine Verkehrswende weg von immer mehr Asphalt, Abgasen und Stau hin zu einer modernen Mobilität, die allen Hessinnen und Hessen mehr Freiheit und mehr Lebensqualität bringt und gleichzeitig die Umwelt und das Klima schont. Dazu hat der GRÜNE Verkehrsminister Tarek Al-Wazir viele wichtige Weichen gestellt.

### Rekordsumme für ÖPNV

Frühere Verkehrsminister in Hessen haben viel zu viel Geld in publikumswirksame Neubauprojekte gesteckt. Die 2016 gestartete Sanierungsoffensive setzt endlich klar den Schwerpunkt auf Erhalt vor Neubau. Um den Öffentlichen Personennahverkehr zu stärken, erhalten die drei hessischen Verkehrsverbünde jährlich rund 800 Millionen Euro, ein Viertel mehr als in der vorigen Finanzierungsperiode. Die Rekordsumme wird möglich, weil der Bund, die Kommunen und erstmals wieder das Land mehr Geld geben.

Die Einführung von „Deutschlands coolstem Schülerticket“ (BILD) ist der größte Fortschritt für den umweltfreundlichen Verkehr seit Gründung der Verkehrsverbünde. Nach der Schule

zum Sport oder ins Kino? Am Wochenende mit Freunden zum Shoppen oder zum Wandern? Das Ticket macht Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und alle im Bundesfreiwilligendienst ohne Elterntaxi mobil. Für einen Euro am Tag – 365 Euro im Jahr – können sie in ganz Hessen Busse und Bahnen nutzen. Der Startschuss fällt zum Schuljahr 2017/18.

Mit dem landesweiten Jobticket für seine Angestellten, Beamtinnen und Beamten setzt das Land zudem ein Vorbild für alle Arbeitgeber.

Damit Hessen noch fahrradfreundlicher wird, sollen jedes Jahr vier Millionen Euro in neue Radwege an Landesstraßen fließen (2003 bis 2013 waren es im Schnitt nur 2,4 Mio. Euro). So werden bis 2022 insgesamt 60 neue Radwege entstehen. Auch die Kommunen bekommen jedes Jahr 7 Millionen Euro für besseren innerörtlichen Rad- und Fußverkehr. Diese Förderung ist Teil der Nahmobilitätsstrategie von Minister Al-Wazirs. Mehr Fuß- und Radwege, ein Netz von Radschnellwegen und viele weitere gute Ideen zur Unterstützung von Fußgängern und Radlern sollen dazu beitragen, dass Menschen sich öfter entscheiden, das Auto stehen zu lassen. Ideen dazu entwickelt die Arbeitsgemeinschaft Nahmobilität, in der sich unter anderem Kommunen, Verkehrsverbände und Experten austauschen. Die Nahmobilitätsstrategie enthält viele weitere Schritte, von Geld für zukunfts-

gerechte Verkehrskonzepte in den Kommunen, Fortbildungen für Verwaltungskräfte und Verkehrsplaner und einem ‚Nahmobilitäts-Check‘ über Online-Angebote wie den Radroutenplaner Hessen und eine Meldeplattform für Schäden an Radwegen bis zu barrierefreien Bahnhöfen, mehr sicheren Fahrradabstellplätzen und einer besseren Vernetzung mit Bus und Bahn. Denn für viele Menschen steht längst nicht mehr das Auto im Mittelpunkt: Fahrrad und E-Bike liegen im Trend, und Verkehr funktioniert vernetzt.

Weitere Informationen zum Thema unter:  
<http://gruenlink.de/uz8>



# WOHNEN MUSS BEZAHLBAR BLEIBEN

Bezahlbarer Wohnraum ist eine Frage der Gerechtigkeit. Gerade in Ballungsgebieten müssen mehr erschwingliche Wohnungen entstehen. Deshalb hat die hessische Regierungskoalition die Fördermittel für den sozialen Wohnungsbau deutlich aufgestockt: Bis 2019 stehen dafür 1,2 Milliarden Euro zur Verfügung. Unsere GRÜNE Wohnungsbauministerin Priska Hinz rechnet damit, dass damit insgesamt 12.000 neue Wohnungen für 36.000 Menschen gebaut werden können.



## Bau von Mietwohnungen gleichrangig fördern

Gerade in vielen Familien mit Kindern ist das Einkommen zwar zu hoch, um eine Sozialwohnung beziehen zu können, aber zu gering, um sich die teuren Mieten im Ballungsraum leisten zu können. Deshalb haben wir die Förderung um ein Mittelstandsprogramm erweitert. Und wir haben das Wohnraumförderungsgesetz so geändert, dass der Bau von Mietwohnungen gleichrangig neben der Eigenheimförderung steht, die zuvor Vorrang hatte.

Neu ist auch die Förderung von Wohnraum für Studierende. Das Förderprogramm wird gut angenommen. So wurden auf Grundlage der neuen Richtlinie bereits mehr als 30 Millionen Euro an Fördermitteln für den Bau von knapp 1.300 Wohnplätzen bereitgestellt. Bis 2019 stehen noch über 50 Millionen Euro weitere Fördermittel bereit.

Weitere Instrumente sind die Kappungsgrenze und die Mietpreisbremse zur Beschränkung der Mieten im Bestand und bei Neuvermietung sowie die Fehlbelegungsabgabe. Durch sie erhalten die Kommunen

zusätzliche Einnahmen, die wieder in den sozialen Wohnungsbau fließen. Auf Initiative von Ministerin Hinz erarbeitet die „Allianz für Wohnen“ konkrete Schritte, um die Wohnraumsituation zu verbessern. An diesem Dialog beteiligen sich un-

ter anderem die Verbände der Wohnungswirtschaft, die kommunalen Spitzenverbände, der Mieterbund sowie die Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen. Ein Ergebnis dieser Arbeit ist die neu gegründete Bauland-Offensive Hessen GmbH. Sie soll Kommunen, die wenig Personal und Ressourcen haben, dabei unterstützen, geeignete Flächen für bezahlbaren Wohnraum zu identifizieren und zu bebauen.

## Mehr als 20.000 Wohnungen

Dass die Landesregierung das Zukunftsthema Wohnen mit voller Kraft angeht, macht sich bereits bezahlt. 2016 wurden nach Angaben des Statistischen Landesamtes mehr als 20.000 Wohnungen fertiggestellt. Das sind so viele wie zuletzt im Jahr 2000 und 12,5 Prozent mehr als im Vorjahr.

Weitere Informationen zum Thema unter:  
<http://gruenlink.de/12go>

# KURZ NOTIERT

Legehennen nicht mehr zu kürzen. Und Tierhalter sollen darauf verzichten, die Schwänze von Ferkeln zu kupieren.

## Breitbandausbau geht voran

Nach den neuesten Zahlen des TÜV Rheinland haben mehr als 78 Prozent der Hessinnen und Hessen Zugang zu schnellem Internet, das ist Platz drei der Flächenländer und ein Erfolg GRÜNER Schwerpunktsetzung – denn die Autobahnen von morgen bestehen aus Glasfaser. Wir werden bis 2018 überall in Hessen schnelles Internet von mindestens 50 Mbit/Sekunde ermöglichen; damit sind wir auf der Zielgeraden. Wir haben dafür das Darlehensprogramm der landeseigenen WI-Bank für den Breitbandausbau von 150 auf 350 Millionen Euro deutlich aufgestockt und es Städten, Gemeinden und Landkreisen erleichtert, sich in diesem Bereich wirtschaftlich zu engagieren. Weil neue Anwendungen inzwischen nach noch größeren Bandbreiten verlangen, will der GRÜNE Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir in einer „Gigabit-Allianz“ die Telekommunikationsunternehmen und andere Beteiligte eng in die weitere Strategie einbinden.

## Tierwohl im Fokus

Am Runden Tisch Tierwohl beraten auf Initiative der GRÜNEN Umweltministerin Priska Hinz Landwirte, Tierschützer, Veterinäre und weitere Experten, wie Nutztiere ohne Quälerei und gesund gehalten werden können. Die jüngsten Vereinbarungen sollen den Einsatz von Antibiotika auf Erkrankungen zum Beispiel am Euter beschränken, unnötige Schmerzen bei Eingriffen an Lämmern verhindern und dass Schlachten trächtiger Kühe verhindern. Schon zuvor hatte der Runde Tisch wichtige Schritte dafür eingeleitet, dass Kälber nicht mehr enthornt und männliche Küken nicht mehr getötet werden. Auch gegen die ganzjährige Anbindehaltung bei Rindern hat das Gremium einen Beschluss gefasst. Der Runde Tisch Tierwohl hat auch vereinbart, die Schnäbel bei

## Integration mit Plan

Wir wollen, dass es nicht darauf ankommt, wo ein Mensch herkommt, sondern darauf, wo er hin will. Deshalb haben wir mit dem Aktionsplan zur Integration von Flüchtlingen und Bewahrung des gesellschaftlichen Zusammenhalts eines der bundesweit umfassendsten Programme in diesem Bereich vorgelegt. Der Aktionsplan 2016 und seine Fortschreibung 2017 sind im Haushalt mit insgesamt rund drei Milliarden Euro unterlegt. Sie umfassen Maßnahmen in allen relevanten Bereichen der Landespolitik, von der Aufnahme, Unterbringung und Integration von Flüchtlingen über Schule, Bildung und Soziales, Wohnen und Arbeitsmarkt bis zu Prävention, Sicherheit und Justiz.

## Hessens Kommunen fit für die Zukunft

Überall müssen regelmäßig Schulen, aber auch Kindergärten, Dorfgemeinschaftshäuser oder Straßen und Brücken saniert werden. Das Kommunale Investitionsprogramm (KIP) soll Kommunen dabei unterstützen. Das 2015 aufgelegte kommunale Investitionsprogramm des Bundes hat das Land durch ein eigenes Programm ergänzt und mehr als verdoppelt. Damit steht jetzt insgesamt über eine Milliarde Euro zur Verfügung. Jede Kommune kann selbst bestimmen, in welche Vorhaben sie die Mittel am besten anlegt, denn nicht jede Kommune drückt der Schuh an derselben Stelle. Mit dem geplanten KIP II gibt es noch zusätzlich 500 Millionen Euro allein für die Modernisierung und Erweiterungen von Schulen und Schulgebäuden. Damit machen wir Hessens Schulen fit für die Zukunft.



# Unsere Karriereleiter führt den Turm hinauf

Die Beschäftigtenquote der Windbranche stieg in den letzten 10 Jahren um 74 Prozent. Damit ist sie der größte Arbeitgeber unter den Erneuerbaren. 140.000 Beschäftigte arbeiten in der Branche. Damit es künftig mehr werden, braucht der Mittelstand einen politischen Rahmen für neue Geschäftsideen zur Verwendung von Windstrom.